

Was kostet die Zuwanderung?

Description

Im Sommer 2023 wurde eine Studie der Universität von Amsterdam veröffentlicht, die der Frage nachgegangen ist, was Einwanderung die aufnehmenden Staaten kostet.

Die Studie befasst sich mit der Situation in den Niederlanden. Ihre Erkenntnisse dürften sich aber im Kern übertragen lassen auf vergleichbare Länder, wie etwa auch auf Deutschland. [Hier sind im Jahr 2023 an Ausgaben für Geflüchtete insgesamt 51,9 Mrd. Euro angefallen](#). Davon trägt der Bund 28,6 Mrd. Euro, die Länder bringen 23,3 Mrd. Euro auf.

Die von den Wissenschaftlern in der Studie "[Borderless Borderless Welfare State: The Consequences of Immigration for Public Finances](#)" angewendete Methode besteht darin, die Kosten und der Nutzen des gesamten verbleibenden Lebensverlaufs von Einwanderern abzubilden und einen Nettobeitrag zu ermitteln.

Die Berechnungen basieren auf anonymen Daten aller 17 Millionen niederländischen Einwohner. Die niederländische Bevölkerung wächst aufgrund der Zuwanderung. Von den über 17 Millionen Niederländern Ende 2019 sind 13% im Ausland geboren (erste Generation) und 11% sind Kinder von Einwanderern (zweite Generation).

Die Ausgaben des Staates für Zuwanderer sind laut der Studie inzwischen überdurchschnittlich hoch, z.B. in den Bereichen Bildung, soziale Sicherheit und Sozialleistungen. Andererseits zahlen Einwanderer im Durchschnitt weniger Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Die Nettokosten der Einwanderung sind beträchtlich: Allein für die Einwanderer, die zwischen 1995 und 2019 zugewandert sind, belaufen sie sich auf 400 Milliarden Euro, was der Größenordnung der gesamten Erdgaseinnahmen der Niederlande seit den 1960er Jahren entspricht. Diese Kosten sind hauptsächlich das Ergebnis der Umverteilung durch den Sozialstaat.

Wenn die Zuwanderung in ihrem derzeitigen Umfang und ihrer Kostenstruktur anhält, wird der Druck auf die öffentlichen Finanzen zunehmen. Ein Abbau des Wohlfahrtsstaates und/oder der Zuwanderung wird dann unausweichlich sein, so die Studie, der der folgende Chart entnommen wurde.

Table 0.2 Average net contribution of immigrants to public finances, by immigration motive and region, including the cost for the second generation (rounded to multiples of €10,000).

Migration motive	Amount
Labour immigration	+ €125,000
Study immigration	- €75,000
Family immigration	- €275,000
Asylum immigration	- €475,000
Region	Amount
Western average	+ €25,000
Japan, North America, Oceania, British Isles, Scandinavia and Switzerland	+ €200,000
Central and Eastern European EU countries	- €50,000
Other EU countries (excl. British Isles, and Scandinavian EU countries)	+ €50,000
Former Yugoslavia and the former Soviet Union	- €150,000
Non-Western average	- €275,000
Southern Africa (de facto RSA)	+ €150,000
Israel	+ €50,000
Monocco	- €550,000
Horn of Africa and Sudan	- €600,000
Immigration motive combined with region	Amount
Labour immigration from Japan, North America and Oceania	+ €625,000
Asylum immigration from Africa	- €625,000
Study immigration from the European Union (including UK)	+ €75,000
Study immigration from Africa	- €250,000



Die durchschnittlichen Kosten und Nutzen der verschiedenen Einwanderergruppen sind sehr unterschiedlich. Der Bericht stellt diese Unterschiede dar (siehe den Chart!). Die Zuwanderung zu Arbeits- und Studienzwecken aus den meisten westlichen Ländern und einer Reihe von nicht-westlichen - insbesondere ostasiatischen- Ländern hat eine positive Bilanz. Alle anderen Formen der Zuwanderung sind bestenfalls mehr oder weniger haushaltsneutral oder haben einen (hohen) negativen Effekt auf den Haushalt. Letzteres gilt insbesondere für die Motive Familie und Asyl. Anmerkung: Es ist zu beachten, dass sich der Begriff „Asyl“ in der Studie auf die offizielle, fehlgeleitete Klassifizierung bezieht (siehe unten!).

Vieles von dem, was Van de Beek et al. berichten, trifft auch auf diese Länder zu: Nordamerika, Ozeanien, die Britischen Inseln, Skandinavien, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien, Spanien, Israel, Indien, Singapur, Taiwan, Südkorea und Japan. Hier dürfte es überall mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede geben, wenn detaillierte Daten untersucht und ausgewertet werden.

Der Blogger Epimetheus ([Die Fackel 2.0](#)) kommentiert die Studie:

„Die Wähler von heute müssen über diese Fragen informiert werden, aber ich bezweifle, dass Informationen wie dieser Bericht weithin bekannt gemacht werden. (...) Ich vermute, dass es keine sinnvolle „Reform“ geben kann, da die relative Macht der genannten Länder immer weiter schrumpft, insbesondere in der UNO. (...) Wenn diese Institutionen nicht „geändert“ werden können, um die westlichen Gesellschaften zu erhalten, dann sollten die westlichen Gesellschaften vielleicht in Erwägung ziehen, aus diesen Institutionen auszutreten, wenn es das ist, was nötig ist, um sich solcher Konventionen zu entledigen. (...) Auf nationaler Ebene müssen wir auf Anpassungen dieser Konventionen, Gesetze und Vorschriften hinarbeiten, die diese Dinge regeln. **Außerdem besteht kaum noch ein Zweifel daran, dass die weitere Übertragung von Befugnissen an transnationale Organisationen (insbesondere die EU) ein negativer Faktor ist.**“

Derzeit wird die [IHR \(International Health Regulation\) in der WHO](#) diskutiert. Sie soll im Mai verabschiedet werden. Wird das zum Testfall, inwieweit Länder bereit sind, weitere wichtige Kompetenzen an internationale Organisationen abzutreten und sich damit in immer stärkere Abhängigkeit begeben? (Siehe auch [hier!](#))

[Hier kommt das World Economic Forum \(WEF\) mit seiner Warnung vor Fehlinformationen als größtes gegenwärtiges Risiko ins Spiel.](#) Aus der Perspektive dieser Globalisten ist es zur Durchsetzung ihrer Ziele erforderlich, dass die nationalen Autonomien immer weiter beschnitten werden. Für diese Elemente würde die Wahl von Trump im Herbst zum US-Präsidenten ein erhebliches Risiko darstellen. Er zählt zu denen, die das WEF als „falsche Führer“ ansieht. Mit Trump würde ein Austritt der USA aus der WHO, vielleicht sogar aus der UNO denkbar (auch aus der Nato?).

Der Aufschwung „rechter“ Parteien im Westen ist auch darauf zurückzuführen, dass die breite Bevölkerung den Zug zu immer mehr Migration nicht länger mitmachen will. Die deutsche Bundesregierung hat kürzlich ein Zeichen in die entgegengesetzte Richtung gesetzt und will die Einbürgerung erleichtern. Über die Konsequenzen braucht sie sich nicht zu wundern.

Asylrecht ist ein hohes Gut. Es gibt denen Schutz, die aus politischen, weltanschaulichen und religiösen Gründen an Leib und Leben bedroht sind. Dieses Gut wird durch die im Wertewesten praktizierte Laissez-faire-Zuwanderung schon lange pervertiert. Zuwanderung in der heutigen Form hat mit Asyl nichts zu tun – es untergräbt die nationale Identität.



Nein, ich bin gewiss kein völkischer Nationalist – aber wenn die [Identität und Autonomie der gewachsenen Nationalstaaten](#) immer weiter geschliffen wird, wird der Durchgriff der Globalisten von WEF & Co immer direkter und gefährlicher. Das ist eine Entwicklung, die in den 1970er Jahren mit dem Ende des [Systems von Bretton Woods](#) ihren Anfang nahm.

Nachtrag

Landauf, landab wird in Deutschland demonstriert gegen „Remigration“. Durch Schmierjournalismus angestachelte moralische Empörung sorgt dafür, dass sich Bürger vor den Karren der globalistischen Migrationspolitik spannen lassen. Gleichzeitig wird die Nazi-Keule herausgeholt gegen deren Kritiker. Willkommener Nebeneffekt: Das lenkt wunderbar vom Ampel-Desaster ab.

(12.2.24) Mises-Institut Deutschland: Der Open Borders-Irrtum – [„Der derzeit stattfindende massive Ansturm auf die Südgrenzen der EU und der USA führt zu erheblichen sozialen Verwerfungen, die nur noch von verblendeten Ideologen geleugnet werden oder von denjenigen, die sich einen politischen Vorteil davon versprechen. Auch vielen Libertären sind mittlerweile Zweifel an der Richtigkeit des Open-Border-Dogmas gekommen. Zurecht, denn es handelt sich um eine Irrlehre, die auch nach libertären Maßstäben falsch ist.“](#)